

März 2009

Aktuelle wirtschaftliche Situation in Bayern

Trotz der seit vielen Jahren hervorragenden wirtschaftlichen Kennziffern ist auch die bayerische Wirtschaft von der **weltweiten Finanzmarkt- und Konjunkturkrisen** betroffen. Um Entlassungen und eine weiter steigende Zahl von Insolvenzen zu verhindern, müssen Bund und Länder **alles daran setzen, Betriebe, die langfristig wettbewerbsfähig sind**, infolge der aktuellen globalen Krise aber vorübergehend in Liquiditätsschwierigkeiten geraten sind, **im Rahmen des rechtlich Möglichen und ordnungspolitisch Vertretbaren zu unterstützen.**

Vor diesem Hintergrund hat die CSU-Fraktion die Staatsregierung in einem **Dringlichkeitsantrag** aufgefordert, über die aktuelle wirtschaftliche Situation in Bayern zu berichten. Dabei soll dargelegt werden, welche Auswirkungen die weltweite Finanzmarktkrise und der globale Konjunktureinbruch auf Wirtschaftswachstum und Beschäftigung im Freistaat bereits haben, mit welcher weiteren Entwicklung gerechnet wird und welche Maßnahmen die Staatsregierung zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Bayern für sinnvoll hält.

Steuerliche Abzugsfähigkeit von Versicherungsbeiträgen erhalten

Die **Bundesregierung** hat einen Gesetzentwurf zur **verbesserten steuerlichen Berücksichtigung von Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen** vorgelegt. Danach sollen ab dem 1. Januar 2010 alle tatsächlich geleisteten Beiträge zur privaten und gesetzlichen Basiskranken- und Pflegepflichtversicherung in vollem Umfang steuerlich berücksichtigt werden können. **Im Gegenzug** sieht der Gesetzentwurf al-

lerdings vor, die **Abzugsfähigkeit von Versicherungsbeiträgen zur Arbeitslosen-, Haftpflicht- und Unfallversicherung sowie zu Lebensversicherungen zu streichen.**

Die CSU-Fraktion begrüßt die geplanten Verbesserungen bei der Abzugsfähigkeit von Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen, hat aber in einem **Dringlichkeitsantrag** deutlich ge-

macht, dass Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, zur Haftpflicht- und Unfallversicherung sowie zu vor 2005 abgeschlossenen Kapitallebensversiche-

rungen **weiterhin im Rahmen der Sonderausgaben** steuerlich abgesetzt werden können.

Kriterien für den Pflege-TÜV verbessern

Wie unlängst bekannt wurde, haben sich die **Spitzenverbände der Krankenkassen mit Vertretern der Einrichtungsträger auf zu veröffentlichte Prüfkriterien bezüglich der Qualität von Pflegeeinrichtungen verständigt**. Dies vor dem Hintergrund, dass Zielsetzung der Pflegereform war, anhand von klar verständlichen und nachvollziehbaren Maßstäben Hilfestellung bei der Heimauswahl zu geben und durch mehr Transparenz und Vergleichbarkeit der Leistungen Missstände abzustellen.

Die **CSU-Faktion** hält die ausgehandelten Prüfkriterien hierfür **nicht geeignet** und hat deshalb in einem **Dringlichkeitsantrag** betont, welche **Voraussetzungen für den künftigen Pflege-TÜV unabdingbar** sind. So steht für uns im Interesse der Heimbewohnerinnen und -bewohner die Qualität der Pflege im Vordergrund. Dabei legen wir Wert darauf, dass bei der veröffentlichten Darstellung des Überprüfungsergebnisses erkennbar ist, ob und ggf. welche Qualitätsmängel ein Pflegeheim aufweist.

Neuorganisation des SGB II-Vollzugs zügig regeln

Das **Bundesverfassungsgericht** hat mit Urteil vom 20. Dezember 2007 entschieden, dass der **Vollzug des Sozialgesetzbuchs II neu organisiert werden muss**, da die Arbeitsgemeinschaften als im Grundgesetz nicht vorgesehene Mischverwaltung verfassungswidrig sind.

Der CSU-Faktion kommt es bei dieser Reform entscheidend darauf an, dass der **Vollzug möglichst bürgerfreundlich** ausgestaltet wird. Wir hätten mit Blick darauf den vom Bundesarbeitsministerium vorgelegten Gesetzentwurf

für eine Umstrukturierung in Zentren für Arbeit und Grundsicherung begrüßt. Denn damit wäre gewährleistet gewesen, dass der Bürger seine Leistungen aus einer Hand erhält. Da dafür aber derzeit keine Mehrheit im Bundestag erreichbar ist, muss im Interesse der ALG II-Empfänger, aber auch der bei den Arbeitsgemeinschaften Beschäftigten, ein neues Modell erarbeitet werden.

In einem **Dringlichkeitsantrag** haben wir **Eckpunkte** formuliert, die uns bei der Umstrukturierung des SGB II-Voll-

zugs wichtig sind. So soll wenigstens der **Bezug der Geldleistungen aus einer Hand** sichergestellt sein. Angesichts der positiven Erfahrungen der optierenden Kommunen wollen wir zweitens, dass die **Optionsmöglich-**

keit mindestens weiter erhalten bleibt. Und drittens kommt es uns darauf an, die **Stellung der Kommunen möglichst zu stärken** und zentralistische Ansätze zugunsten flexibler Modelle aufzugeben.

Veröffentlichungspflicht für Zuwendungen an Landwirte stoppen

Auf der Homepage der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung **werden die Namen und Beträge der Zahlungsempfänger aus dem EU-Agrarfonds veröffentlicht**. Dies beruht auf **europarechtlichen Vorgaben**. Hiergegen haben zwei Landwirte Klage zum Verwaltungsgericht Wiesbaden erhoben. Das Gericht sieht die Offenlegung der Empfängerdaten als einen besonders **tiefgreifenden Eingriff in das Grundrecht auf Datenschutz** an und hat dem Europäischen Gerichtshof die der Veröffentlichung zugrundeliegenden EU-Rechtsvorschriften zur Überprüfung vorgelegt.

Die CSU-Fraktion ist der Auffassung, dass eine namentliche Nennung derjenigen Landwirte, die finanzielle Zuwendungen erhalten haben, aus datenschutzrechtlichen Gründen unzulässig ist; andererseits sind die nationalen Behörden aufgrund der europäischen Rechtslage weiterhin zur Veröffentlichung verpflichtet. Deshalb haben wir die Staatsregierung in einem **Antrag** aufgefordert, sich auf EU-Ebene für eine **Aussetzung der europäischen Transparenzregeln einzusetzen, bis der Europäische Gerichtshof eine endgültige Entscheidung getroffen hat**.

Verlängerung der Altersteilzeit für Beamtinnen und Beamte

Die **derzeit geltende Regelung über die Altersteilzeit**, wonach Beamtinnen und Beamte ab Vollendung ihres 60. Lebensjahres bis zum Beginn des Ruhestands eine Teilzeitbeschäftigung mit der Hälfte der in den letzten fünf Jahren vor Beginn der Altersteilzeit durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit (als Teilzeitmodell oder im Blockmodell) bewilligt werden kann, ist **bis zum 31.12.2009 befristet**.

Von der Möglichkeit der Altersteilzeit haben bislang über die Hälfte der anspruchsberechtigten Beamtinnen und Beamten Gebrauch gemacht. Damit einhergegangen ist ein deutlicher Rückgang der Zahl der Dienstunfähigkeitsfälle. Angesichts der hohen Akzeptanz dieses Instruments und der positiven Auswirkung auf die Aufrechterhaltung der Dienstfähigkeit der ein-

zelenen Beamtinnen und Beamten ist die CSU-Fraktion der Auffassung, dass **Optionen zur Verlängerung der Regelung zur Altersteilzeit geprüft wer-**

den sollen. Dazu haben wir die Staatsregierung in einem **Antrag** aufgefordert.

Chancenpotentiale für Frauen konsequent ausbauen

Im Zusammenhang mit dem Weltfrauentag Anfang März wurde in den Medien wiederholt darüber berichtet, dass **Frauen heute immer noch statistisch gesehen ein Viertel weniger Lohn als Männer erhalten**, obwohl sie in der Regel über bessere Schul- und Universitätsabschlüsse verfügen. Die **CSU-Fraktion hält diese Lohnungleichheit von Frauen und Männern bei gleichwertiger Tätigkeit für nicht hinnehmbar** und hat in einem **Dringlichkeitsantrag** an die Tarifvertragsparteien appelliert, dem entgegenzuwirken.

Von der Staatsregierung haben wir ein ganzes Bündel von Maßnahmen ver-

langt. So soll sie etwa ihre Anstrengungen zur Gewinnung hochqualifizierter Frauen für Spitzenpositionen in der Wissenschaft weiter vorantreiben und auf die weitere Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit von Männern und Frauen, insbesondere auch bei der Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen, hinwirken. Außerdem soll sich die Staatsregierung durch geeignete öffentlichkeitswirksame Maßnahmen dafür einsetzen, dass die bei jungen Vätern vorhandene Bereitschaft, sich in der Familienarbeit und bei der Erziehung der Kinder einzubringen, noch intensiviert wird.

Förderung von Beschneiungsanlagen und Seilbahnen verbessern

Seilbahnen und Beschneiungsanlagen können im bayerischen Alpenraum nur sehr eingeschränkt gefördert werden. So ist eine Förderung nur bei kleinen und mittleren Unternehmen mit maximal 20 % bzw. 10 % der förderfähigen Investitionen möglich, wobei ein Unternehmen schon als groß gilt, wenn daran eine kommunale Gebietskörperschaft mit mehr als 5.000

Einwohnern zu mehr als 25 % beteiligt ist.

Die CSU-Fraktion hat sich in einem **Dringlichkeitsantrag** dafür ausgesprochen, diese **Fördermöglichkeiten** im Bereich der bayerischen Alpen **zu verbessern**. Dabei sollen nicht nur EU-Mittel, sondern auch Haushaltsmittel des Freistaats Bayern eingesetzt werden.

Neue Arbeitsgruppe „Demographie und Generationengerechtigkeit“

Neben der weiter voranschreitenden Globalisierung und der Klimaerwärmung ist der **demographische Wandel**, insbesondere auch aufgrund einer immer älter werdenden Bevölkerung, einer derjenigen Megatrends, der erhebliche Auswirkungen auf unsere Gesellschaft insgesamt haben wird. Die demographische Entwicklung und ihre Folgen erfordern nicht nur eine Anpassung sämtlicher sozialen Sicherungssysteme, sondern stellen nahezu sämtliche Infrastrukturbereiche vor große Herausforderungen.

Die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag hat sich vor diesem Hintergrund zu Beginn der neuen Legislaturperiode dazu entschlossen, eine neue Arbeitsgruppe zum Thema „Demographie und Generationengerechtigkeit“ unter dem Vorsitz von Erika Görlitz einzurichten. Ziel dieser Arbeitsgruppe ist es, die Auswirkungen der demographischen Veränderungen insbesondere in den Handlungsfeldern Bildungs- und Wissenschaftssysteme, Arbeits- und

Beschäftigungswelt, Lebensraum, Wohnumfeld und Freizeit sowie soziale Sicherungs- und Versorgungssysteme und soziale Infrastruktur zu analysieren und konkrete Handlungsempfehlungen für die bayerische Landespolitik zu erarbeiten. Schon die zweite Sitzung der Arbeitsgruppe hat dabei erstaunliche Zwischenergebnisse gebracht: Obwohl in zahlreichen Kommunen im Vergleich 2006 zu 2026 ein Bevölkerungsrückgang von 30 % zu erwarten ist, **wird nach Einschätzung von Experten nicht das Erwerbsfähigkeitspotential unser Wirtschaftswachstum begrenzen, sondern zum Arbeitsmarkt nicht passende Ausbildungskarrieren**. In einer der nächsten Sitzungen wird sich die Arbeitsgruppe daher zusammen mit der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft mit dem Thema „Arbeitslandschaft 2030 – Steuert Deutschland auf einen generellen Personalmangel zu?“ und die Auswirkungen auf unser Bildungssystem beschäftigen.

Weitere Maßnahmen und Initiativen

Einsetzung einer Kinderkommission

Seit 1988 gibt es im Deutschen Bundestag eine Kinderkommission. Sie hat als Interessenvertretung von Kindern und Jugendlichen einen wichtigen Beitrag zur Anerkennung der Kinderpolitik geleistet.

Zwar hat sich die Situation von Kindern in Deutschland in den letzten Jahrzehnten erheblich verbessert. Nach wie vor besteht aber Handlungsbedarf. Zur Stärkung der Politik für Kinder soll daher, wie wir in einem **Antrag** gefordert haben, eine **Kinderkommission auch im Bayerischen Landtag eingerichtet werden**.

Bayerisches Versammlungsgesetz bürgerfreundlicher gestalten

Das **Bundesverfassungsgericht** hat durch **einstweilige Anordnung** vom 27. Februar 2009 das **neue bayerische Versammlungsgesetz in wenigen Teilbereichen außer Kraft gesetzt**. Dies betrifft zum einen bestimmte Bußgeldvorschriften, zum anderen sind Übersichtsaufzeichnungen, bei denen eine Speicherung des Versammlungsgeschehens erfolgt, nur noch eingeschränkt zulässig.

Vor diesem Hintergrund hat die CSU-Fraktion in einem **Dringlichkeitsantrag** ihre Absicht zum Ausdruck gebracht, das bayerische Versammlungsgesetz **bürgerfreundlicher zu gestalten**, ohne allerdings dabei die Handlungsfähigkeit des Staates bei Aufmärschen von Neonazis oder gewaltbereiten Gruppierungen in Frage zu stellen.

Wir haben in diesem Zusammenhang angekündigt, insbesondere die Regelungen für Veranstalter zu vereinfachen, die Möglichkeit der Datenerhebung bei Versammlungen zu begrenzen und den Katalog der Straf- und Bußgeldvorschriften zu verringern.

Gründung von Medizinischen Versorgungszentren (MVZ)

In einem Antrag haben wir uns dafür eingesetzt, die bundesrechtlichen Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass die Anteile an Trägergesellschaften von Medizinischen Versorgungs-

zentren (MVZ) mindestens zu 80 % von Ärzten gehalten werden müssen. Vertraglich an der medizinischen Versorgung teilnehmende Leistungserbringer, wie z.B. Krankenhäuser, Apotheken, Heilmittel- und Hilfsmittelerbringer, dürfen also an einer Trägergesellschaft eines MVZ nur eine Minderheitsbeteiligung von 20 % halten. Damit soll ausgeschlossen werden, dass berufsfremde Einflüsse innerhalb der Zentren die Oberhand gewinnen.

Betriebsprämie für kleine landwirtschaftliche Betriebe

Der Agrarrat der EU hat als **Untergrenze, ab der landwirtschaftliche Betriebe EU-Direktzahlungen in Form der Betriebsprämie erhalten, 100,- Euro bzw. 1 Hektar festgelegt**. Dabei hat er aber den Mitgliedsstaaten die **Möglichkeit eröffnet, diese Grenze auf bis zu 4 Hektar oder 300,- Euro zu erhöhen**.

In einem **Antrag** haben wir von der Staatsregierung verlangt, ein **klares Signal für alle kleinen Betriebe**, Nebenerwerbsbetriebe und Sonderkulturbetriebe zu setzen und dafür Sorge zu tragen, dass in Deutschland **von dieser Option kein Gebrauch gemacht wird**.

Freizügigkeit bei der Beschäftigung von Erntehelfern herstellen

In einem **Dringlichkeitsantrag** haben wir uns dafür ausgesprochen, dass die **volle Freizügigkeit bei Erntehelfern**

in der Landwirtschaft sofort hergestellt wird.

Waldzustandsbericht neu ausrichten

Die CSU-Fraktion hat sich in einem **Antrag** dafür ausgesprochen, dass der **Waldzustandsbericht nicht mehr im jährlichen Turnus erfolgen und insgesamt neu ausgerichtet werden soll**. Dem liegt die Erwägung zugrunde, dass **lediglich beim Kronenzustand aussagekräftige Schwankungen im Jahresturnus feststellbar** sind, während bei den übrigen Kriterien kaum jährliche Veränderungen auffallen und es deshalb insoweit ausreicht, relevante Entwicklungen in einem mehrjährigen Zeitraum zu beobachten.

Darüber hinaus wollen wir, dass der neue Waldzustandsbericht im Turnus von drei Jahren **grundlegende Entwicklungen im Bereich der gesamten Forstwirtschaft** – sowohl in ökonomischer, als auch in ökologischer und sozialer Hinsicht – aufzeigt.

Über Verteilung der Mittel im Schienen-Konjunkturpaket I berichten

Die Staatsregierung soll zusammen mit einem Vertreter der Deutschen Bahn AG im Wirtschaftsausschuss berichten,

welcher Anteil der Bundesmittel von 150 Mio. Euro, die aus dem Konjunkturpaket I für ein bundesweites **Sanierungsprogramm für Personenbahnhöfe** verwendet werden sollen, **auf den Freistaat Bayern entfallen soll**, welche Bahnhöfe hiervon konkret profitieren und **entlang welcher Strecken die 50 Mio. Euro**, die für Lärmschutzmaßnahmen an **Schienenstrecken vorgesehen sind**, verbaut werden sollen.

Fortsetzung des Projekts „Willkommen Augsburger Kinder“ sicherstellen

In Augsburg wurde vor einiger Zeit ein **niedrigschwelliges Hausbesuchsmodell** installiert, mit dem Familien mit Kindern, die aus unterschiedlichsten Gründen in Notlagen und Überforderungssituationen geraten sind, Hilfestellung angeboten wurde.

Aufgrund **datenschutzrechtlicher Bedenken** kann dieses Projekt aber so nicht fortgesetzt werden.

In einem **Antrag** haben wir die Staatsregierung deshalb aufgefordert, darüber zu **berichten, wie die Weiterführung dieser Augsburger Initiative auch in Zukunft sichergestellt werden kann**.